

EINLADUNG

Liebe Interessierte,

wir freuen uns, Euch/Sie zur nächsten Schwerpunktsitzung des Flüchtlingsrates einzuladen:

Returning from Brandenburg? Unfreiwillige Rückkehr und Abschiebungen um jeden Preis

Zeit: Montag 10.12.2018, 17:00 – 19:30 Uhr

**Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Greifswalder Str.4, 10405 Berlin**

Robert-Havemann-Saal, Seitenflügel Erdgeschoss

Anfahrt: Z.B. vom S-, U- und Regionalbahnhof Alexanderplatz mit der Tramlinie M4 sowie den Buslinien 142 und 200. Haltestelle ist jeweils "Am Friedrichshain".

In den letzten Monaten konnte eine Verschärfung der Brandenburger Abschiebepolitik beobachtet werden. Abschiebungen und Abschiebeversuche von Menschen mit besonderem Schutzbedarf, darunter Kranke, Suizidgefährdete und Schwangere, Familientrennungen, die Anwendung von Gewalt durch die Bundespolizei¹, Fesselung und der Versuch von Zwangsmedikation zur Ruhigstellung der Geflüchteten während der Abschiebung sind zur erschreckenden Normalität in Brandenburg geworden. Abschiebungen werden häufig nachts und mit einem beachtlichen Polizeiaufgebot durchgeführt. Kinder werden Zeug_innen dieser Behörden- und Polizeipraxis, eine Erfahrung, die sich traumatisierend auswirken kann.

40% der landesweiten Abschiebungen fanden im vergangenen Jahr direkt aus der Erstaufnahme statt.² Dies geschieht fernab jeder Öffentlichkeit und mit einem erschwerten Zugang zum Rechtsschutz für die Betroffenen. Abschiebehindernisse können hier kaum geltend gemacht werden.

1 <http://fluechtlingsrat-berlin.de/presseerklaerung/horror-sammelabschiebung-unter-federfuehrung-berlins/>

2 https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/fileadmin/ltf_brandenburg/Dokumente/Grosse_Anfragen/GA_29_Abschiebungen_ausreisepflichtiger_Auslaender_aus_Brandenburg_6_7793.pdf

Ein weiteres Zeichen für die verschärfte Haltung der Landesregierung und des Innenministeriums war die Wiederaufnahme von Abschiebungen nach Afghanistan im Sommer 2018 - allein in diesem Jahr wurden vermutlich vier junge Männer in das Kriegsgebiet abgeschoben. Darüber hinaus fand erst kürzlich eine Sammelabschiebung in die Russische Föderation statt, bei der es zu Familientrennungen kam. Die Ausländerbehörde wollte auf diese Weise Angehörige im laufenden Asylverfahren ebenfalls zur Rückkehr zwingen.

Offiziell und laut Rückführungserlass des Landes (Dezember 2017)³ soll die so genannte freiwillige Ausreise Vorrang vor einer Abschiebung haben. Zunehmend wird die Entscheidung zur "freiwilligen" Rückkehr jedoch mit Druck und Repressionen durch die Behörden erwirkt.

In Brandenburg überlässt die rot-rote Landesregierung die praktische Auslegung und Ausführung der restriktiven Abschiebungs- und Abschreckungspolitik den Vollstreckungsbehörden. Niedrige Anerkennungs- und Schutzquoten, die durchweg unter dem Bundesdurchschnitt liegen, führen außerdem dazu, dass Geflüchtete in Brandenburg häufiger in Unsicherheit und mit der Angst vor der erzwungenen Ausreise leben müssen.

Ziel der Schwerpunktsitzung ist eine Vernetzung von landesweiten Akteure_innen und eine gemeinsame Analyse der aktuellen Abschiebungspolitik. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen/Euch Licht ins Dunkel der "Blackbox" Abschiebung bringen, für die aktuelle Situation Öffentlichkeit herstellen und Gegenstrategien entwickeln.

Als Referent_innen sind Rechtsanwält_innen, Berater_innen und Initiativenvertreter_innen eingeladen, die aus ihrer Arbeitspraxis und von ihren Erfahrungen berichten.

Die Sitzung ist für alle Interessierten offen. Wenn Übersetzung benötigt wird, bitte im Vorfeld beim Flüchtlingsrat melden.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Euch/Ihnen!
Lotta Schwedler

3 http://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/erlnr_12_2017

Unterstützt von:

